

Zweieiige Zwillinge – Ein Vergleich zwischen Schweden und Finnland

Der Versuch eines kulturellen Erklärungsansatzes zu unterschiedlichen Fertilitätsraten

Lukas Schär (lukas.schaer@ost.ch)

Master of Science in Sozialer Arbeit – Bern, Luzern, St. Gallen

Leistungsnachweis Sozialpolitik im internationalen Vergleich

HS 2022

Winterthur, 19.01.2023

SIV, HS22, L. Schär

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	De-Familialisierung.....	5
2.1	Finnland	5
2.2	Schweden	6
3	Statistische Daten	8
3.1	Mütterarbeitsquote	8
3.2	Fertilitätsrate	8
4	Interpretation und Fazit.....	9
5	Literaturverzeichnis	11

1 Einleitung

Die Geburtenrate schrumpft und die Gesellschaft an sich wird älter. Die Familie sei in einer Krise. So zumindest sagen es die Medien laut Dallinger (2016, S. 147). Und tatsächlich sinkt seit 1960 die Geburtenrate in den EU-Mitgliedsstaaten. Sie erholte sich zwar kurz um das Jahr 2000, setzte den Abwärtstrend jedoch 2010 wieder fort (Eurostat, 2018). Im Jahr 2017 lag die Fertilitätsrate in der EU bei 1.59 pro Frau. Die Bestandserhaltungsquote liegt bei 2.1 pro Frau (Eurostat, 2019, S. 1). Bei einer Fertilitätsrate von 1.7 in Kombination mit einer gemäßigten Zuwanderung stabilisiert sich die Bevölkerungszahl, mit einer tieferen Rate hingegen schrumpft die Bevölkerung in naher Zukunft (Dallinger, 2016, S. 150-151, zitiert nach Kröhnert und Klingholz, 2005). Für die Gesellschaft bietet eine so tiefe Geburtenrate multiple Probleme, wie zum Beispiel „die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme oder das Erwerbspotential, aber darüber hinaus auch die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft“ (Dallinger, 2014, S. 151, zitiert nach Kaufmann 2005). Dallinger (2016, S. 162) folgert aus diesen Problemstellungen, dass Familien unterstützt werden müssen. Ein Aspekt, um die Leistungsfähigkeit der Familie zu stützen, ist die Familienpolitik. Familien sollen in ihrer Leistung, Kinder zu bekommen und sie zu sozialisieren, entlastet werden. Wird jedoch die Geburtenrate betrachtet, scheint der Rückgang ein Zeichen für die nicht ausreichende Hilfe zu sein. In der Betrachtung der Geburtenrate der unterschiedlichen EU-Staaten lassen sich jedoch signifikante Unterschiede beobachten und die jeweilige Familienpolitik kann eine Höhere durchaus begünstigen oder verschlechtern (Dallinger, 2016, S. 147).

Ein wichtiger Faktor im Zusammenhang mit dem Rückgang der Geburtenrate ist die Entwicklung der modernen Frauenrolle. Frauen investieren mehr in Bildung und sind entsprechend auch aktiver in der Arbeitswelt (Dallinger, 2016, S. 161). Gerade für höher gebildete Frauen scheint der längere Ausfall aus dem Berufsleben problematisch. Entsprechend steht das Kinder bekommen der beruflichen Karriere im Weg. Daraus resultiert eine negative Korrelation zwischen der modernen Frauenrolle und der Fertilitätsrate. Dieser Zusammenhang wurde jedoch in den letzten Jahren widerlegt. Gerade in den Ländern, in welchen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert wird, ist die Fertilitätsrate höher (Dallinger, 2016, S.160, zitiert nach Kröhnert und Klingholz, 2005). Diese Länder scheinen eine bessere Passgenauigkeit mit der modernen Frauenrolle zu haben. Die Einflüsse auf die Geburtenrate ist multifaktoriell, jedoch „besteht [ein] Konsens darüber, dass Länder mit umfassender Kinderbetreuung, steuerlicher Entlastung von Familien und gezielte Förderung der Teilzeitarbeit günstigere Geburtenraten haben.“ (Dallinger, 2016, S. 161 zitiert nach Eichhorst und Hermerinck, 2008). Ein wichtiger Indikator, um diese Aspekte zu betrachten ist die De-Familialisierung. Er gibt Aufschluss darüber, inwieweit es einer Frau möglich ist, sich für Carearbeit oder Erwerbsarbeit frei zu entscheiden (Dallinger, 2016, S.152 zitiert nach Knijin und Kremer, 1997).

Die Einflüsse auf die Fertilitätsrate sind wie oben erwähnt multifaktoriell und auch der Grad der De-Familialisierung weist unterschiedliche Aspekte auf, welche den ohnehin überreizten Rahmen dieser Arbeit noch mehr sprengen würden. Entsprechend liegt im folgenden Ländervergleich der Fokus auf die Mütterarbeitsquote und deren Einfluss auf die Fertilitätsrate unter der Betrachtung der De-Familialisierung der entsprechenden Länder. Die Mütterarbeitsquote wird in dieser Arbeit auf Grundlage der Kinderbetreuung behandelt.

Unter der Bezeichnung *nordische Länder* fasst Förster et al. (2014, S. 4) unter anderem Schweden (SWE) und Finnland (FIN) zu einem klar umrissenen politischen Bereich zusammen. Beide Länder sind Mitglied im nordischen Rat und weisen Parallelen auf „in der Entwicklung politischer Parteien, der Geschichte des Wohlfahrtsstaates oder in den Strukturen der politischen Systeme“ (Förster et al., 2014, S. 5, zitiert nach Glässer et al., 2003). Weiter beziehen sich Förster et al. (2014, S. 5) auf Castles und attestiert SWE und FIN eine geographische Nähe, Gemeinsamkeiten in der Geschichte, Sprache und Kultur. Was sie mit dem Begriff *Länderfamilie* zusammenfassen. Ergänzend können SWE und FIN nach der Typisierung von Esping-Anderson (1990) beide in den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaattypus eingeordnet werden. Um das Differenzmethodenprinzip dieser Arbeit weiter zu verfolgen, wird der Betrachtungszeitraum 2008-2017 gewählt, da zu dieser Zeit beide Staaten ein staatliches Kinderbetreuungsangebot hatten und beide ein Betreuungsgeld kannten. Gerade wegen diesen Gemeinsamkeiten scheint es erstaunlich, dass im genannten Zeitraum SWE durchgehend eine höhere Fertilitätsrate aufweist als FIN. Um dies mit Zahlen zu unterlegen: Im Jahr 2017 steht die Fertilitätsrate von FIN bei 1.49 und in SWE bei 1.78 (Eurostat, 2022a).

Aus den bisherigen Ausführungen leiten sich für diese Arbeit folgende Fragen ab:

- Wie lassen sich beide Länder in Bezug auf De-Familialisierung einordnen?
- Wie verhielt sich die Geburtenrate der beiden Länder in Bezug zur Mütterarbeitsquote, als beide Staaten ein Kinderbetreuungsgeld kannten?
- Was lässt sich unter der Berücksichtigung der De-Familialisierung und der zu vergleichenden Statistiken für die Fertilitätsrate der beiden Länder ableiten?

2 De-Familialisierung

2.1 Finnland

Pfau-Effinger (2008, S. 16-17) beschreibt, dass Familien kulturelle Werte zugrunde haben und diese sich in ein kulturelles Familienmodell bündeln. Entsprechend setzt sich die Kinderbetreuung aus den Faktoren kulturelle Bedingungen und wohlfahrtsstaatlicher Bedingungen sowie den Möglichkeiten der Überwindung der entsprechenden Diskrepanz der beiden Faktoren zusammen. So ist es laut Matthies (2002) eine kulturelle Grundlage, dass es in FIN für Männer nie möglich war, mit einer Frau zusammen zu sein, die *nur* Hausfrau ist. „Die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Frau gilt in FIN als eine Selbstverständlichkeit“ (Matthies, 2002). 1985 wurde der gesetzliche Grundstein für die Kinderbetreuung gelegt. Eltern können ihre Kinder in die Kinderbetreuung bringen. Sollten sie sich aber entscheiden, die Kinder zuhause zu betreuen, erhalten sie dafür Transferleistungen des Staats (OECD, 2021, S. 20-21). Auf nationaler Ebene war das Hauptargument, dass die Eltern eine Wahlfreiheit haben sollen, ob sie ihre Kinder betreuen lassen oder ob sie sie selbst betreuen. Die Reform entstand als ein Kompromiss zwischen den linken Parteien und den mitte-rechts Parteien (Ellingsæter, 2012, S. 4). Ellingsæter (2012, S. 3, zitiert nach Morgan und Zippel, 2003) stellt fest, dass in allen EU-Ländern mit Betreuungsgeld, dieses von den konservativen Regierungen eingeführt wurde. Gegner*innen des Betreuungsgeld führten als ihr Hauptargument auf, dass das Betreuungsgeld negative Auswirkungen auf die Berufstätigkeit von Müttern hat und den Ausbau der Kinderbetreuung bremst (Ellingsæter, 2012, S. 3.).

Kulturell gesehen genießen lange Betreuungszeiten eine weitreichende Akzeptanz in FIN (Ellingsæter, 2012, S.6, zitiert nach Rantalaiho, 2009). Sowohl von den Müttern als auch generell wird die so entstehende Verlängerung der Elternzeit und die Möglichkeit, dass das Kind zu Hause betreut wird, als positiv bewertet (Ellingsæter, 2012, S.6, zitiert nach Repo, 2010). Als Nachteil wird nur betrachtet, dass eine einkommensabhängige Auszahlung des Kindergelds bei gering verdienenden Familien Anreize schaffen könne, eher das Geld statt die Kinderbetreuung zu wählen. 90% der Bezüger*innen sind Mütter. Vor allem Mütter mit einem geringen Bildungsstand, geringem Einkommen und vielen Kindern (Ellingsæter, 2012, S.6, zitiert nach Repo, 2010). Das Betreuungsgeld hat in FIN eine beachtliche Wirkung auf Angebot und Nachfrage von staatlicher Kinderbetreuung. Zum Vergleich: 30% der finnischen Einjährigen besuchen eine staatliche Kinderbetreuung, während es in SWE 49% sind. 51% der zwei Jährigen sind in FIN in einer staatlichen Kinderbetreuung, während es in SWE 89% sind. Der Trend setzt sich weiter mit steigendem Alter. (Ellingsæter, 2012, S.9). Ein großer Anteil von Müttern mit Kindern unter drei Jahren sind Hausfrauen. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass fast die Hälfte der Mütter nicht wirklich eine Wahl hatten zwischen

Erwerbstätigkeit und Carearbeit, weil sie keine Erwerbstätigkeit hatten, zu welcher sie zurückkehren hätten können (Ellingsæter, 2012, S.8, zitiert nach Haataja und Nyberg, 2006). Es lässt sich grundlegend feststellen, dass das Betreuungsgeld einen negativen Einfluss auf die Gleichberechtigung hat. Dies betrifft sowohl die geschlechterspezifische Arbeitsteilung in der Carearbeit als auch der Erwerbstätigkeit. Ellingsæter (2012, S. 8-9, zitiert nach Repo, 2010) schließt auf eine insgesamt Schwächung der Frauen in der Gesellschaft und sagt, dass das Betreuungsgeld die traditionellen Geschlechterrollen fördert. So beurteilt Ellingsæter (2012, S. 3) das Betreuungsgeld als eine Bestärkung des männlichen Alleinverdienermodells.

Unter der Berücksichtigung der bisherigen Ausführungen scheint FIN am besten dem expliziten Familismus (Dallinger, 2016, S. 153) zuzuordnen zu sein. Auch wenn die Einordnung nicht ganz einfach erscheint und FIN teilweise als Hybridfall betrachtet werden muss (Förster et al, 2014, S. 104, zitiert nach Siegel, 2007).

2.2 Schweden

Als eine der kulturellen Grundlagen in Bezug auf De-Familialisierung muss die Frauenbewegung und die daraus resultierende Reaktion in der Familienpolitik in SWE betrachtet werden. 1974 wurde die Elternversicherung ausgebaut und im gleichen Zug die staatliche Kinderbetreuung. Das zentrale Augenmerk lag darauf, dass beide Elternteile und Alleinerziehende voll erwerbsfähig sein sollen (Schmid, 2010, S. 232). 2008 wurde das Betreuungsgeld von der konservativ-bürgerlichen Koalitionsregierung durchgesetzt (Ellingsæter, 2012, S.4), in SWE eingeführt und 2016 wieder abgeschafft. Bereits zuvor wurde das Betreuungsgeld 1994 eingeführt, aber kurze Zeit später (1995) wieder abgeschafft (OECD, 2021, S.66-67). SWE kann als Pionierin des Ausbaus der staatlichen Betreuung gesehen werden. Bereits 1995 wurden die Kommunen angewiesen innerhalb von kurzer Zeit einen Betreuungsplatz für ein Kind anzubieten (Ellingsæter, 2012, S. 6). Als 2008 das Betreuungsgeld eingeführt wurde, war das Angebot an Betreuungsplätzen bereits ausreichend. Größter Vertreter des Betreuungsgeldes waren die bürgerlichen Parteien. Ebendiese waren gegenüber dem weitreichenden staatlichen Ausbau der Kinderbetreuung, wofür vor allem die sozialdemokratischen Regierungen sorgten, eher skeptisch (Ellingsæter, 2012, S. 10). Hauptargument war, dass die Entscheidungsfreiheit der Familie so erhöht werde (Ellingsæter, 2012, S4, zitiert nach Prop, 2007). Der Ausbezahlte Betrag unterschied sich in den Ländern FIN und SWE kaum (siehe Tabelle 1.).

Tabelle 1. Betreuungsgeld in FIN und SWE:

Quelle: Bearbeitet aus Ellingsæter, 2012, S.4, zitiert nach Eydal und Rostgaard, 2011

	Finnland	Schweden
Einführung	1985	2008
Gesetzliche Regelung	Ja	Ja
Finanziert durch	Staat	Staat
Realisiert durch	Staat und Gemeinden	Gemeinden
Alter	Bis 3 Jahre	1-2 Jährige
Betrag pro Monat	327,46 Euro	3'000 Schwedische Kronen, ca. 340 Euro

Während das Betreuungsgeld in FIN gut aufgenommen wurde, sieht dies in SWE anders aus. Im Jahr 2011 haben nur 4,7% der Bezugsberechtigten Elterngeld in Anspruch genommen (Ellingsæter, 2012, S. 6, zitiert nach Statistika Centralbryån, 2012). Ellingsæter (2012, S. 6, zitiert nach Segendorf und Teljosuo, 2011) diagnostiziert, dass auch in SWE Frauen mit höherem Einkommen und höherem Bildungsstand eine tiefere Wahrscheinlichkeit haben, Betreuungsgeld in Anspruch zu nehmen. In SWE ist eine weitere kulturelle Grundlage die Annahme, dass es zum Wohl des Kindes ist, wenn es fremdbetreut wird (Lanfranconi und Küng, 2018, S. 2). Das Betreuungsgeld wird eher als eine Art von Falle gesehen, gerade für eingewanderte Mütter ohne Arbeit (Ellingsæter, 2012, S. 6, zitiert nach Segendorf und Teljosuo, 2011). Weil Mütter ihre Arbeit reduzierten führte das schwedische Betreuungsgeld zu mehr Ungleichheit zwischen Mann und Frau (Ellingsæter, 2012, S. 8, zitiert nach Kessel und Vinge, 2010). So wurde auch festgestellt, dass das Betreuungsgeld nicht die gezielte Wirkung erreichte, und wurde im Jahr 2017 wieder abgeschafft (Hoyer, 2017, S. 18).

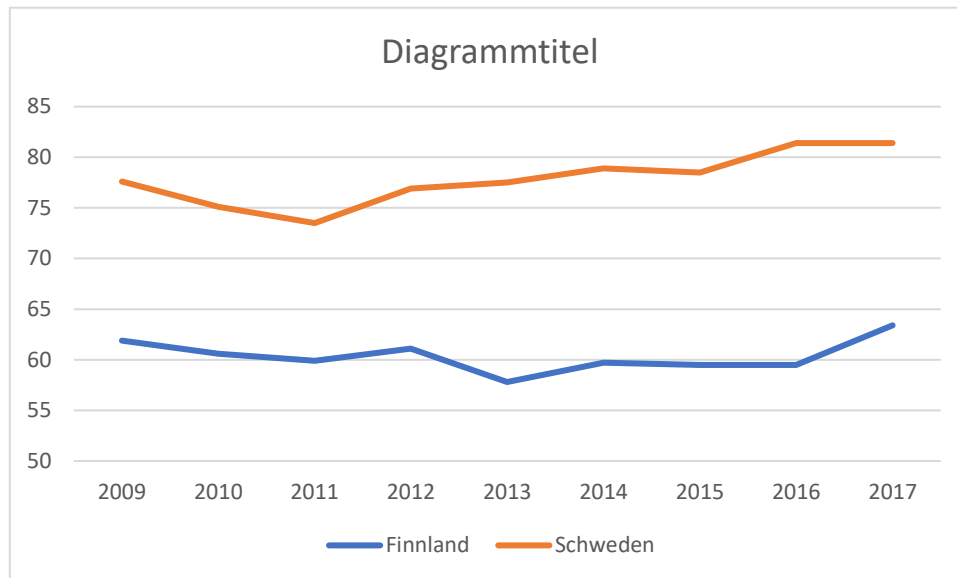
Dallinger (2016, S. 153) ordnet SWE dem optionalen Familismus zu. Sie betont dabei das breite Angebot an staatlicher Kinderbetreuung (2016, S. 155). Wird SWE in seiner Gänze betrachtet, mit den Ursprüngen der staatlichen Kinderbetreuung 1974 durch die Frauenbewegung, muss dem ohne Zweifel zugestimmt werden. Wird jedoch die gesetzliche Grundlage zwischen 2008-2017 genauer betrachtet, wird das Bild irritiert und zumindest eine gesetzliche Tendenz weist in Richtung des expliziten Familismus.

3 Statistische Daten

3.1 Mütterarbeitsquote

Tabelle 2: Beschäftigungsquote von Müttern mit Kindern unter 6 Jahren

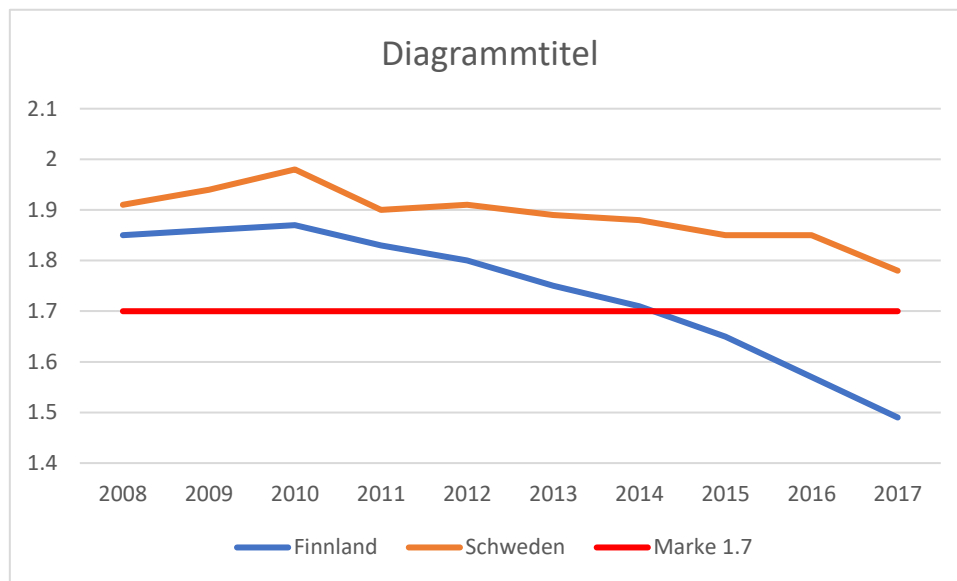
Quelle: Eurostat, 2022b



Bei der Recherche zu den Daten hat sich ergeben, dass Eurostat (es wurde auch keine andere Quelle gefunden) keine Zahlen für die Beschäftigungsquote für Mütter des Jahres 2008 aus SWE besitzt, weswegen mit den Zahlen von 2009-2017 gearbeitet wird. Es ist ersichtlich, dass SWE von 2009-2017 sich zwischen einer Mütterbeschäftigungsquote von 73,5% und 81,4% bewegt und eine leicht steigende Tendenz aufweist. Im gleichen Zeitraum war die Mütterbeschäftigungsquote in FIN zwischen 57,8% und 63,4%.

3.2 Fertilitätsrate

Aufgrund der Annahmen, die weiter oben beschrieben wurden, wird in der Tabelle 3 die Referenzfertilitätsrate 1.7 mit in die Daten aufgenommen. Die Fertilitätsrate von SWE bewegt sich 2008-2017 zwischen 1.98 und 1.78. Zu keinem Zeitpunkt unterschreitet sie die Fertilitätsrate von 1.7. Die Fertilitätsrate von FIN bewegte sich zwischen 1.87 und 1.49. Beide Fertilitätsraten zeigen über die Zeit hinweg eine sinkende Tendenz.



4 Interpretation und Fazit

Grundlegend besteht eine Korrelation zwischen der Mütterarbeitsquote und der Fertilitätsrate. In SWE ist die Mütterarbeitsquote höher und die Fertilitätsrate ebenfalls. Irritierend scheint, dass SWE trotz des Betreuungsgeldes, was tendenziell auf expliziten Familismus hindeutet und so für eine sinkende Fertilitätsrate steht, keinen Einbruch erlebte. Begründbar könnte dies mit dem kulturellen Familienbild sein. In SWE ist, wie weiter oben dargelegt, ein kulturelles Bild des Doppelverdienermodells bereits 1974 in die Logik der gesetzlichen Grundlage eingearbeitet. Pfau-Effinger (2008, S. 16-17) sagt, dass nicht nur die gesetzliche Grundlage, sondern auch die kulturelle Grundlage stimmen muss und die Kultur in SWE so gefestigt sein könnte, dass das Gesetz einfach keine große Wirkung zeigte. Zur Stärkung der kulturellen Argumentation muss SWE positive Bewertung der Fremdbetreuung berücksichtigt werden und somit auch ein breites Angebot an staatlicher Kinderbetreuung vorhanden ist. FIN hat bereits zu Beginn des Gesetzes 1985 die Förderung eines Alleinernährermodells und eine positive Haltung gegenüber der Erziehung zuhause. Diese gesetzlichen und kulturellen Unterschiede können möglicherweise einen Beitrag leisten, um die Differenzen in der Fertilitätsrate herzuleiten. Entsprechend müsste FIN zur Förderung der Fertilitätsrate das Betreuungsgeld abschaffen, aber auch ein anderes kulturelles Familienbild fördern. Denn wie eben dargelegt müssen beide Faktoren stimmen.

Keinen Beitrag kann diese Arbeit betreffend der Frage leisten, warum die Fertilitätsrate allgemein sinkt. Dass in FIN die Fertilitätsrate aber schneller sinkt als in SWE, könnte ein Hinweis sein, dass der explizite Familismus als eine Art negativer Katalysator im Zusammenhang mit der sowieso schon sinkenden Fertilitätsrate wirkt. Dies müsste genauer

betrachtet werden. Weiter wäre es spannend den Gender Pay Gap in FIN zu betrachten. Möglicherweise gibt dieser nebst dem kulturellen Familienbild Hinweise darauf, warum Frauen tendenziell zu Hause bleiben und könnte so eine potenzielle Stellschraube für mehr Gleichberechtigung sein. In Bezug auf SWE und der allgemeinen sinkenden Fertilitätsrate würde es spannend zu beobachten sein, ob das Land in Zukunft unter die kritische Rate von 1.7 fällt.

Abschließend muss erwähnt sein, dass sich in beiden Ländern zeigte, dass sich Betreuungsgeld negativ auf die Stellung der Frau im Allgemeinen, aber speziell für Frauen mit tiefem Bildungsstand auswirkt.

5 Literaturverzeichnis

- Dallinger, U. (2016). *Sozialpolitik im internationalen Vergleich*. UKV Verlagsgesellschaft.
- Ellingsæter, A. L. (2012). *Betreuungsgeld – Erfahrungen aus Finnland, Norwegen und Schweden*. Friedrich Eber Stiftung.
- Eurostat (2018, 26 Juni). *Statistiken zur Fruchtbarkeit*. Eurostat. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Fertility_statistics/de&oldid=391469
- Eurostat (2019, 12. März). *Pressemitteilung-Geburten und Fruchtbarkeit*. Eurostat. <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9648816/3-12032019-AP-DE.pdf/49c8d937-2d00-4bc6-9f56e8b8fa3eb671#:~:text=In%20der%20EU%20handelte%20es,von%206%2C0%25%20entfiel.>
- Eurostat (2022a, 08. November). *Fruchtbarkeitsziffer*. Eurostat. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/demo_find/default/table?lang=de
- Eurostat (2022b, 27. September). *Beschäftigungsquote nach Geschlecht, Altersgruppe, Bildungsabschluss und Haushaltszusammensetzung*. Eurostat. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/lfst_hheredy/default/table?lang=de
- Esping-Anderson, G. (1990). *The three worlds of welfare Capitalism*. Polity Press
- Förster, F., Schmid, J. & Trick, N. (2014). *Die nordischen Länder – Politik in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden*. Springer VS.
- Lanfranconi, L. M. & Küng, S. (2018). *Familien- und Gleichstellungspolitik Schweden – ein Vorbild für die Schweiz?*. Sozialpolitik. <https://www.sozialpolitik.ch/article/content/480/show/97/>
- Matthies, A. (2002, 15. Oktober). *Finnisches Bildungswesen und Familienpolitik: ein „leuchtendes“ Beispiel?*. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/26689/finnisches-bildungswesen-und-familienpolitik-ein-leuchtendes-beispiel/>
- OECD (2022, Dezember). *PF 2.5 Annex: Detail of Change in parental leave by country*. OECD. https://www.oecd.org/els/family/PF2_5_Trends_in_leave_entitlements_around_childbirth_annex.pdf
- Pfau-Effinger, B. (2008). *Wandel der Familie im Spannungsfeld von Erwerbstätigkeit und Familienpolitik – ein internationaler Vergleich*. Familyscience. https://www.familyscience.eu/fileadmin/user_upload/k_familyscience/2008/pfau-effinger.pdf
- Schmid, J. (2010). *Wohlfahrtsstaaten im Vergleich – Soziale Sicherung in Europa: Organisationen, Finanzierungen, Leistungen und Probleme* (3. Aufl.). VS Verlag.
- Hoyer, S. (2017, 29. Mai). *Auf dem Weg zu mehr Partnerschaftlichkeit. – So wird die Beteiligung von Vätern an Familienarbeit in Europa gefördert*. Beobachtungsstelle-Gesellschaftspolitik. <https://beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/f/ccd65c9903.pdf>

Einverständniserklärung

- ✓ Diese Arbeit wurde selbständig, ohne Hilfe Dritter und unter Angaben aller Benutzerquellen angefertigt.
- ☐ Ich habe mich an die Vorgaben betreffend der Zeichenzahl gehalten. Der Haupttext dieser Arbeit umfasst: 16'123 Zeichen (inkl. Leerzeichen).
- ✓ Ich erkläre mich damit einverstanden, dass falls ich eine Note 5.3 oder besser für diese Arbeit erhalte, diese Arbeit auf der Website <https://virtuelleakademie.ch/good-practice-beispiele/sozialpolitik-im-vergleich/> online publiziert wird und damit späteren Studierenden sowie einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird.

Ort, Datum und Unterschrift

19.01.23, Winterthur